

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 24. November 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender Berg Bernnat Böhringer Denzer Escher Glattacker Jaenisch Kiefer Kurfeß (in Vertretung Salach) (ab 17.50 Uhr) Lindemer Oehler Salinas De Huber (in Vertretung Wernthaler) Simon (in Vertretung Di Prima) Vogel (ab 17.45 Uhr) Vogelpohl Wiesiollek
Entschuldigt:	Di Prima, Salach, Wernthaler
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Staub-Abt Fachbereichsleiter Bühler Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Welz Betriebsleiter Droll Betriebsleiter Langela Betriebsleiter Schäfer Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn Frau Schmidt Herr Fessler Herr Vietz
Urkundspersonen:	Stadtrat Bernnat und Stadtrat Kiefer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.10 Uhr

TOP 1

Neubau Sporthalle Brombach – Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Vorlage: 218/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass die Einhaltung der Kostenobergrenze hohe Priorität habe. Rein inhaltlich habe es an der Vorlage keine weiteren Änderungen gegeben. Die Verwaltung sehe weder Vorteile in der Beauftragung eines Generalunternehmers noch eine mögliche Kostenersparnis durch eine rein überirdische Bauweise. Ansonsten seien keine weiteren Anträge hinsichtlich der Thematik von Seiten der Fraktionen eingegangen.

Stadtrat Escher hofft, dass die Halle baldmöglichst realisiert werde. Bei der Vorlage gebe es inhaltliche Probleme. Es seien nach wie vor Kostensteigerungen möglich. Die Fraktion der CDU wolle dennoch keinen Antrag auf weitere Prüfung der Möglichkeit der Beauftragung eines Generalunternehmers stellen, um den Bau der Halle nicht weiter zu verzögern. Die Variante hätte nach dem entsprechenden Schreiben der Fraktion der CDU an die Verwaltung geprüft werden müssen. Die Fraktion der CDU wolle bei kommenden Vorhaben großen Wert auf ein solches Vorgehen legen. Aufgrund der Dringlichkeit des Hallenneubaus wolle die CDU-Fraktion der Vorlage wie vorliegend zustimmen.

Stadtrat Oehler führt aus, dass die Fraktion der SPD über die mögliche Kostenunsicherheit von 20 Prozent irritiert sei. Mit der Festlegung auf eine Kostenobergrenze von neun Millionen Euro streue die Verwaltung „Sand in die Augen“, dennoch sei ein Bemühen von Seiten der Verwaltung erkennbar. Er halte es nach wie vor für möglich, durch den Verzicht auf eine Unterkellerung eine Einsparung zu erreichen. Leider seien wichtige Einsparpotentiale nicht vollständig abgeprüft worden. Er wolle jedoch ebenfalls keinen Antrag auf Änderung der Vorlage stellen, um den Hallenneubau nicht weiter zu verzögern.

Stadtrat Berg gibt an, dass er die Halle grundsätzlich befürworte, er aber noch einige Probleme in der Vorlage erkenne. Eine Kostenunsicherheit von rund 10 Prozent sei noch im Rahmen, 20 Prozent halte er aber für zu viel. Die Beschlussziffer 5 halte er zudem für wenig konkret.

Stadtrat Denzer sagt, dass er der Vorlage zustimmen wolle. Es dürfe keine weiteren Verzögerungen mehr geben. Von einer Kostenüberschreitung könne man bereits jetzt ausgehen. Die Kostenobergrenze von neun Millionen Euro werde man nicht einhalten können. Natürlich dürfe kein Geld „aus dem Fenster geschmissen werden“, man dürfe die Halle aber auch nicht kaputt sparen.

Stadtrat Bernnat hält die Vorlage für ehrlich. In der vorausgegangenen Vorlage seien noch durchaus schwierigere Zahlen angegeben worden. Die Kostenobergrenze von neun Millionen Euro sei im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen worden. Es sei ärgerlich, wenn die Kostenobergrenze nun nicht eingehalten werden könne. Die Fraktion

der SPD wolle der Vorlage zustimmen. Man sei gewillt auch etwas mehr Geld für die Halle auszugeben, wenn am Ende eine qualitativ hochwertige Halle das Ergebnis sei.

Stadträtin Jaenisch erläutert, dass der Ortschaftsrat der Vorlage einstimmig zugestimmt habe. Der Ortsteil benötige dringend eine funktionsfähige Halle.

Stadtrat Vogel bittet darum, mit der Firma Vakuform, aufgrund eines notwendig werden- den Rückbaus einer Rampe von Seiten der Firma, das Gespräch zu suchen.

Der Vorsitzende führt aus, dass man den Rückbau der Rampe mit der Firma Vakuform vereinbart habe. Es bestehe ein ständiger Austausch zwischen der Verwaltung, der Firma Schöpflin und der Firma Vakuform. Ein mögliches Parkhaus beziehungsweise Parkdeck werde in der Vorlage nicht genannt, da die Mittel hierfür im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke veranschlagt seien. Die Errichtung eines Parkhauses durch die Stadt sei jedoch nicht mehr gewollt. Auf technischer Ebene sei man hinsichtlich des Baus eines Parkdecks im Gespräch. Im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke seien eine Million Euro für ein solches Parkdeck vorgesehen. Die Schöpflin-Stiftung wolle die Hälfte der Baukosten übernehmen. Fraglich sei nun, wer die Hälfte der laufenden Betriebskosten übernehme. Man müsse wissen, wie man bei etwaigen Veranstaltungen verfare. Die Verwaltung wolle mit den Beteiligten in Verhandlung treten. Man werde eine Lösung für die Parksituation vor Ort finden. Die Vorlage sei ehrlich und benenne mögliche Unsicherheiten. Die Verwaltung wolle das Projekt nicht „schön rechnen“ und die Halle auch nicht „kaputt sparen“.

Stadtrat Denzer gibt an, dass er es als störend empfinde, dass Oberbürgermeister Lutz suggeriere, dass die Kostenobergrenze von neun Millionen Euro eingehalten werden könne. Solche Aussagen seien unehrlich. Die neue Halle müsse funktionieren, es dürfe nicht zu sehr an dem Neubau gespart werden.

Stadtrat Vogel wolle wissen, wie die Bereitstellung der erforderlichen Anzahl an Parkplätzen sichergestellt werden könne. Der Rückbau der Rampe durch die Firma Vakuform müsse definitiv erfolgen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Rampe der Firma Vakuform zurückgebaut werden müsse. In dem entsprechenden Bereich müsse ausreichend Parkfläche vorgehalten werden. Wenn man die Fläche asphaltiere, ergebe sich für Herrn Schöpflin das Problem, dass er auf seinem eigenen Grundstück weitere Parkplätze vorhalten müsse. Die Verwaltung werde diese Problematik nochmals mit der Schöpflin-Stiftung besprechen. Eine Kostenreduzierung der Halle wie von Herrn Oehler ausgeführt sei deshalb nicht möglich, weil man nicht auf einen Keller verzichten könne, sondern das Bauvolumen überirdisch errichten müsse.

Stadtrat Escher mahnt an, dass die Halle eine Weile Bestand haben müsse. Der Gemeinderatsbeschluss zur Haushaltskonsolidierung dürfe kein wunder Punkt sein und müsse gegebenenfalls wieder aufgehoben werden. Es bedürfe hier einer handfesten Lösung.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass man hinsichtlich der vorhandenen Flächen differenzieren müsse. Das Grundstück für den Hallenneubau habe man von der Schöpflin-Stiftung im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages erhalten, die Parkflächen habe die Stadt von der Firma Vakuform erworben. Ein Teilabbruch der Rampe im Anlieferungsbereich der Firma Vakuform sei für die Errichtung der Halle notwendig und deshalb auch in den Baukosten aufgeführt. Mit der Firma Vakuform sei diese Vereinbarung notariell beurkundet. Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren habe es einen Gemeinderatsbeschluss gegeben, dass das Büro Glück und Partner mit der Planung der Halle auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses beauftragt werden soll. Gemäß diesem Gemeinderatsbeschluss sei die Planung weiter geführt worden und liege nun zur Entscheidung vor. Ohne Entscheidung des Gemeinderats könne keine neue Planung in Auftrag gegeben werden. Die Anregungen von Stadtrat Oehler seien von den Architekten und Tragwerksplanern nochmals überprüft worden. Auch hinsichtlich der Beauftragung eines Generalunternehmers habe man recherchiert, dass bereits für den Neubau der Neumatt-Turnhalle eine entsprechende Preisabfrage gemacht wurde und sich gezeigt habe, dass sich dadurch keine Einsparpotentiale ergeben.

Stadtrat Escher betont, dass die Einhaltung der Kostenobergrenze beschlossene Sache sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Entwurfsplanung für den Neubau der Sporthalle Brombach wird genehmigt.
2. Die aktuelle Kostenberechnung von 8,4 Mio € mit einer Kostensicherheit von +/- 20% wird genehmigt.
3. Das maximale Kostenrisiko von 1,68 Mio € wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung alles daran zu setzen, dass durch optimales Kostenmanagement die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vom Gemeinderat festgelegte Obergrenze von max. 9 Mio. € eingehalten wird.
5. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit der Schöpflin-Stiftung in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, dass eine Lösung gefunden wird, mit der die Stiftung die von ihr für erforderlich gehaltenen Stellplätze ebenfalls nachweisen kann. Dabei ist auf eine der Interessenlage beider Seiten angemessene Kostenverteilung bei Errichtung, Betrieb und Instandhaltung zu achten.
6. Die Planungsmittel für den Ausbau des Bahnhofsvorplatzes in Höhe von 75.000 € werden im HH 2017 bereitgestellt.

7. Die Verwaltung wird beauftragt einen überarbeiteten Zeitplan im Januar 2017 vorzulegen.
8. Die Verwaltung wird beauftragt regelmäßig im AUT über die zeitliche, finanzielle und bauliche Entwicklung der Maßnahme zu berichten.

TOP 2

Vorgesehene Flüchtlingsunterbringung 2017 in Lörrach - Stand November 2016

Vorlage: 215/2016

Der Vorsitzende erläutert kurz den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage. Es würde vorerst zu keiner weiteren Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Lörrach kommen. Im gesamten Kreisgebiet würden die Gemeinschaftsunterkünfte bis auf wenige abgebaut. Die Gemeinschaftsunterkünfte in der Gretherstraße und im Innocel-Quartier werden bis Anfang des kommenden Jahres bzw. bis zum 31.06.2017 weitergeführt. Die Anlage der Gemeinschaftsunterkunft in Brombach werden ab dem 01.01.2017 für die Unterbringung von UMA genutzt. Von Seiten des Landes werde derzeit ein neues Verfahren entwickelt. Hier werden die Flüchtlinge unmittelbar auf die Kommunen verteilt. Die Thematik werde sich von der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises hin zur Anschlussunterbringung der Kommunen verschieben. Der Schlüssel bezüglich der Zuweisung von Sozialbetreuern bliebe in der Anschlussunterbringung allerdings gleich, was voraussichtlich große Probleme bei einer unmittelbaren Zuweisung der Flüchtlinge in die Kommunen verursachen werde. Die Stadt Lörrach wolle sich der Aufnahme von Unbegleiteten, Minderjährigen Ausländern annehmen (ehemalige Gemeinschaftsunterkunft Brombach). Mit dieser Gruppe habe es in Lörrach bisher kaum Probleme gegeben.

Stadtrat Escher bestätigt, dass man in Lörrach mit sogenannten UMA's bisher kaum Probleme gehabt habe. Diese hätten sich vielmehr sehr positiv integriert. Gut sei, dass diese auch auf die in der Anschlussunterbringung anzurechnenden Personen angerechnet werden.

Stadtrat Bernnat hält das geplante Vorgehen für richtig. Die Fraktion der SPD wolle das Konzept und die Überlegungen hierzu mittragen.

Stadträtin Kurfeß hält die in der Vorlage angedachte Vorgehensweise für richtig. Die UMA's würden im Rahmen der Jugendhilfe vom Kreis betreut. Sie würden sich oftmals nur zwei bis vier Wochen in der entsprechenden Unterkunft aufhalten. In der Zeit bestehe nur kaum eine Möglichkeit zur Integration. Es sei natürlich richtig, eine Einrichtung für UMA's in Lörrach zu schaffen. Ob eine Anschlussunterbringung in Containern erfolgen solle sei jedoch fraglich. Politisch gesehen sei es richtig, dass die Kompetenzen bei der Anschlussunterbringung bei den Gemeinden und nicht beim Landkreis liegen. Die Gemeinden würden hier wichtige Integrationsarbeit leisten. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen. Integrationsprozesse müssten gut und professionell begleitet werden.

Stadtrat Lindemer wolle sich bei alle Beteiligten für ihre Mühen bedanken. Flüchtlinge müssten in Lörrach angemessen aufgenommen werden. Leider haben die Fluchtursachen international nicht abgenommen. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Vogel wolle wissen, woher man die genannten Mittel in Höhe von 500.000,00 Euro erhalte und wie man damit umgehe, dass es viele Leerstände in Lörrach gebe und viele Bürgerinnen und Bürger ihre leerstehenden Wohnungen nicht für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen wollten. Er sei der Meinung, dass das soziale System zunehmend eskaliere.

Stadtrat Simon bittet darum, in dieser Angelegenheit frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Der Vorsitzende gibt an, dass in Lörrach keine Wohnungen beschlagnahmt werden sollen. Das Land unterstützte die Kommunen mit einem Betrag von 1125,00 Euro je Flüchtling in der Anschlussunterbringung. Container-Lösungen in der Anschlussunterbringung seien zwar bisher nicht gewünscht, allerdings aufgrund der aktuellen Situation und der Dringlichkeit alternativlos. Im Freiburger Stadtteil Stühlinger gebe es indes kein konkretes Problem mit Flüchtlingen oder UMA's. Die Stadt Lörrach habe dieser Tage einen passenden Bewerber für die Stelle des Flüchtlingsbeauftragten gefunden.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales nimmt von den aktuellen Entwicklungen Kenntnis und stimmt der weiteren Vorgehensweise der Verwaltung zu.

TOP 3
Zuschussantrag der Suchthilfe Drehscheibe
Vorlage: 208/2016

sowie

TOP 4
Zuschuss für den ehrenamtlichen Wohndienst der Fritz-Berger-Stiftung
Vorlage: 212/2016

sowie

TOP 5
Weiterführung des Präventionsprojekts .compass der Villa Schöpflin
Vorlage: 211/2016

sowie

TOP 6
Antrag auf Bezuschussung für das Projekt "wellcome" und Mietkostenübernahme der pro Familia Beratungsstelle Freiburg
Vorlage: 213/2016

sowie

TOP 7
Zuschussantrag der Drogen- und Jugendberatungsstelle Lörrach des Arbeitskreises Rauschmittel e.V. (AKRM)
Vorlage: 209/2016

Stadtrat Glattacker stellt einen Antrag auf gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3 bis 7.

Der Gemeinderat stimmt einem solchen Vorgehen zu.

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Tagesordnungspunkte 3 bis 7 ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgenden Beschlussempfehlungen:

Zu TOP 3:

Der Weitergewährung des Zuschusses von jährlich 4.500,00 € für die Jahre 2017 bis 2019 für den Kontaktladen der Suchthilfe Drehscheibe wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

Zu TOP 4:

Der Gewährung des Zuschusses für den ehrenamtlichen Wohndienst der Fritz-Berger-Stiftung, für die Jahre 2017, 2018 und 2019 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

Zu TOP 5:

Der Finanzierung des Projekts in Höhe von jährlich 30.000 € für die Jahre 2017 bis 2019 wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

Zu TOP 6:

Der Gewährung des Zuschusses für das Projekt „wellcome“ in Höhe von 3.700 €, für die Jahre 2017, 2018 und 2019 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

Die Mietkostenübernahme in Höhe von 8.500 € wird abgelehnt.

Zu TOP 7:

Der Weitergewährung von Zuschüssen in Höhe von jeweils 3.300 € (Sachkostenzuschuss) und 5.500 € (Projektzuschuss) für die Jahre 2017 bis 2019 für den Arbeitskreis Rauschmittel (AKRM) wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

TOP 8

Betriebsplan Forstwirtschaftsjahr 2017 (01.01.- 31.12.2017) für den Stadtwald Lörrach

Vorlage: 184/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und begrüßt Herrn Dr. Groß, Forstdirektor des Forstbezirks Kandern.

Stadtrat Kiefer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage. Der Wald müsse weiterhin wirtschaftlich genutzt werden.

Stadtrat Böhringer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Er wolle wissen, inwiefern sich der momentane Pilzbefall auf den Eschenbestand niederschlage.

Stadtrat Berg fragt, warum in der Vorlage steigende Ausgaben angegeben werden.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Herr Dr. Groß erläutert, dass man das Interesse an der kommerziellen Waldbewirtschaftung nicht verloren habe. Man arbeite weiterhin daran, den vorgesehenen Zehn-Jahres-Plan zu erreichen. Momentan habe man großen Pflegeaufwand, da man mittlerweile den Wildwuchs auf den „Lothar-Flächen“ angehe. Insgesamt liege man gut im Plan. Der Eschenbestand gehe aufgrund des Pilzbefalls momentan stark zurück. Hier befürchte man ein ähnlich dramatisches Aussterben der Art wie vor einigen Jahren bei der Ulme. Der Pilz, der die genannten Bäume in so erheblichem Maße schädige, sei durch die Globalisierung nach Deutschland eingeschleppt worden. Leider bestehe der Wald in Lörrach zu einem hohen Anteil aus Eschen. Hier werde man viel Geld für die Aufrechterhaltung des Forsts benötigen. Er hoffe auf Resistenzen gegen die Pilzkrankheit.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man die ersten fünf Jahre des Zehn-Jahres-Plans sehr erfolgreich gewirtschaftet habe. Leider habe man dann zur falschen Zeit zu viel Holz geschlagen und müsse nun weiter an der Wirtschaftlichkeit des Forsts arbeiten. So werde man über den Zeitraum von zehn Jahren einen sechsstelligen Betrag erwirtschaften.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der vom Landratsamt Lörrach, Forstbezirk Kandern aufgestellte Betriebsplan für den Stadtwald Lörrach für das Forstwirtschaftsjahr 2017 wird genehmigt.
2. Für den Brennholzverkauf gelten die vorgeschlagenen Preise. In Hauingen findet außerdem eine Brennholzversteigerung statt, wobei als Mindestgebot die geltenden Brennholzpreise anzusetzen sind.

3. Der nicht von der Forstabteilung durchgeführte Holzeinschlag und das Holzrücken ist an geeignete Forstunternehmer zu vergeben.

TOP 9

Hans-Thoma-Gymnasium Brandschutzsanierung - Planerbeauftragung

Vorlage: 207/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Auftrag an das Architekturbüro Askari Architekten aus Weil am Rhein zur Umsetzung der Architektenleistung wird genehmigt.
2. Der Auftrag an das Ingenieurbüro IST Energieplanung aus Müllheim zur Umsetzung der HLS Planung wird genehmigt.
3. Der Auftrag an das Ingenieurbüro Flöss aus Maulburg zur Umsetzung der Elektroplanung wird genehmigt.
4. Der Auftrag an das Ingenieurbüro Rümmele aus Zell im Wiesental zur Umsetzung der Tragwerksplanung wird genehmigt.
5. Der Auftrag an das Ingenieurbüro Grefrath aus Sallneck zur Umsetzung der Brandschutzplanung wird genehmigt.

TOP 10

Kostenerhöhung Neubau Sporthalle Tumringen

Vorlage: 206/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert kurz den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage.

Stadtrat Kiefer stellt fest, dass der Kostenrahmen beim Neubau der Sporthalle in Tumringen leicht überschritten worden sei. Dies solle nach Möglichkeit beim Neubau der Halle in Brombach vermieden werden.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass die Kostensteigerung in vorliegendem Fall ärgerlich sei und eine solche Kostensteigerung beim Neubau der Halle in Brombach vermieden werden solle.

Stadtrat Berg erörtert, dass die Kostensteigerung bei rund 20 Prozent liege. Er geht davon aus, dass man beim Neubau der Halle in Brombach auch mit einer derartigen Kostensteigerung rechnen müsse.

Stadtrat Denzer wolle wissen, ob im Rahmen der aufgeführten Kostensteigerung der Aufwand für Parkplätze sowie für die Schnitzelgrube schon miteingerechnet worden sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass in einer weiteren Vorlage der Bau von Parkplätzen miteingerechnet werde. Die Parkplätze sowie die Schnitzelgrube seien bereits im Rahmen der Kostengenehmigung berücksichtigt worden.

Der Vorsitzende gibt an, dass man beim Bau der Halle in Brombach derartige Kostensteigerungen im Vorfeld erkennen und verhindern wolle.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Mehrkosten in Höhe von 350.000,- € für den „Neubau der Sporthalle Tumringen“ werden genehmigt.
2. Die Erneuerung der Zufahrt und des Lehrerparkplatzes mit Kosten in Höhe von 200.000,- € wird genehmigt.
3. Die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für den Neubau der Sporthalle Tumringen von 6.897.500,- € um 550.000,- € auf 7.447.500,- € wird genehmigt.
4. Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 550.000,- € werden im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.

TOP 11

**Neubau Sporthalle Tumringen, Abriss und Neubau - Auftragserhöhung Fa. Jakober GmbH, Gewerk: Garten- und Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: 187/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der Auftrag der Firma Jakober GmbH aus Lahr in Höhe von 235.822,36 € wird um 84.435,91 € auf 320.258,27 € erhöht.

TOP 12
Energiebericht 2015
Vorlage: 197/2016

Der Vorsitzende führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Bienhüls erläutert im Folgenden anhand einer Präsentation den Energiebericht 2015 (Anlage 1).

Stadtrat Escher erklärt, dass er den Bericht zur Kenntnis nehmen wolle.

Stadtrat Böhringer hält den Energiebericht für überflüssig. Das Internet produziere genauso große CO₂-Emissionen wie die Autos. Wer etwas anderes behauptete, müsse dies erst einmal beweisen.

Stadtrat Berg äußert, dass er über die Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung erfreut sei. Es sei weiterhin wichtig, mögliche Stromsparmöglichkeiten aufzudecken und den Stromverbrauch in der Stadt zu reduzieren.

Stadtrat Denzer bedankt sich für den Vortrag. Er gibt an, dass er gewiss nicht alles glaube, was in dem Bericht zu lesen sei. Es seien auch gewisse „Unehrligkeiten bezüglich der Zielsetzung“ in dem Bericht enthalten. Die langfristigen Ziele, die genannt sind, könnten nicht erreicht werden.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob die Feinstaubbelastung, die durch die Energieerzeugung aus Biomasse entstehe, in dem Energiebericht berücksichtigt worden sei.

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, ob man von städtischer Seite Vorteile und Anreize für die Nutzer von Elektroautos forcieren könne und inwiefern weitere Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden geplant seien.

Der Vorsitzende erklärt, dass man verschiedene Modelle hinsichtlich des Betriebs von Photovoltaik-Anlagen anbieten könne. Hinsichtlich Elektroautos sei man beispielsweise mit „my E-Car“ im Gespräch. Man könne in Lörrach die höchste Dichte an Ladeplätzen für Elektroautos weit und breit aufweisen.

Herr Bienhüls erläutert weitere Aspekte des Energieberichts 2015 und erläutert, dass die Daten witterungsbereinigt sind.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Energiebericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13

Zuschussantrag der Klimafreunde Lörrach

Vorlage: 198/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Escher hält es für problematisch, dass in der Antragstellung für ihn kein konkreter Projektbezug erkennbar sei. Die Fraktion der CDU wolle sich hinsichtlich der Thematik nochmals intern abstimmen.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass die Klimafreunde zwar gute Arbeit leisten würden, dass aber eine Vergleichbarkeit mit anderen, gemeinnützigen Organisationen kaum gegeben sei. Auch die Fraktion der SPD wolle sich hierzu nochmals fraktionsintern abstimmen.

Stadträtin Wiesiollek betont, dass die Klimafreunde Lörrach gute Arbeit leisten würden. Die Fraktion der Grünen wolle sich hierzu nochmals fraktionsintern abstimmen.

Stadtrat Lindemer führt aus, dass die Initiative der Klimafreunde grundsätzlich unterstützenswert sei, die Fraktion der Freien Wähler sich hierzu aber nochmals intern beraten wolle.

Stadtrat Berg befindet, dass es sich in vorliegender Sache um Klimaschutz aus Initiative der Bürger handle, die auf jeden Fall unterstützenswert sei. Es handle sich vorliegend um das einzige Projekt, bei dem im Bereich Klimaschutz mit den Bürgern gemeinsam gearbeitet werde.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt gibt an, dass es sich bei den Klimafreunden um eine Bürgerinitiative und nicht um einen Verein handle.

Stadtrat Escher sagt, dass dies nichts am Sachverhalt ändere.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen um fraktionsinterne Beratung.

TOP 14

Ausbau der Inzlinger Straße in Lörrach-Stetten

Vorlage: 202/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Bei dem Ausbau der Inzlinger Straße handle es sich um ein wichtiges Vorhaben. Es sei richtig die Kanal- sowie die Straßenbauarbeiten in einem Prozess durchzuführen.

Stadtrat Escher bittet um rechtliche Prüfung, inwiefern Anliegerbeiträge erhoben werden können. Er fragt zudem, ob vor der Walldorfschule ein Fußgängerüberweg realisiert werden könne. Er wolle auch wissen, ob ein Teilstück (Querspange zur Rebgasse bis Carl-

Maria-von-Weber-Straße), welches schwer sanierungsbedürftig sei, auch angegangen werde.

Stadtrat Oehler hält die Maßnahme für absolut notwendig. Er signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass bisher noch keine Erschließungsbeiträge erhoben worden seien. In der Konrad-Adenauer-Straße auf Höhe der Walldorfschule könne aus rechtlichen Gründen kein Fußgängerüberweg errichtet werden, allerdings stünden die an andere Stelle vorhandenen Fußgängerüberwege unter Bestandsschutz. Der Bauabschnitt sei so definiert worden, dass die Arbeiten synchronisiert mit den Kanalbauarbeiten durchgeführt werden können. Mittelfristig könnte der Bereich Schönauer Straße sowie der Restbereich Inzlinger Straße in einem weiteren Bauabschnitt ausgebaut werden. In diesem Bereich sei aber zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kanalplanung vorhanden und aus diesem Grund ist der Abschnitt in der Inzlinger Straße auf den Abschnitt der Kanalerneuerung festgelegt worden.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Sachlage der Erschließungsbeiträge nochmals im Detail geprüft werden solle.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Inzlinger Straße zwischen der Konrad-Adenauer-Straße und der Querverbindung zur Rebgasse auszubauen und in einem ersten Schritt die Vorentwurfs- und Entwurfsplanung zu erstellen.
2. Die außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 50.000 € wird genehmigt.

TOP 15

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Verkehrsverteilung nach Umwidmung Grabenstraße

Der Vorsitzende gibt an, dass man nach der Umwidmung der Grabenstraße zur Fußgängerzone zwei Smileys zur Verfügung habe, mit welchen man den Verkehr zählen könne. Für eine professionellere Zählung müsse man mehr Geld aufwenden. Hier müsse dann gegebenenfalls von den Fraktionen ein Antrag gestellt werden.

TOP 16
Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 17
Offenlegungen

TOP 17.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 6. Oktober 2016

TOP 17.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung am Donnerstag, 6. Oktober 2016

TOP 17.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke am Donnerstag, 6. Oktober 2016

TOP 17.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 27. Oktober 2016

TOP 17.5

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung am Donnerstag, 27. Oktober 2016

TOP 17.6

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Werkhof am Donnerstag, 27. Oktober 2016

TOP 17.7

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtgrün und Friedhöfe am Donnerstag, 27. Oktober 2016

TOP 17.8

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke am Donnerstag, 27. Oktober 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: